

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verleger: Emil Dresden Nr. 31 500
Verl.-Dr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Kont.: Elbgaupresse Dresden, Postfach Dresden Nr. 696
Post-Kont.: Elbgaupresse Dresden, Postfach Dresden Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißitz und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Serlon: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Abdruck sämtlich mit den Beilagen: Wochl., Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die angegebene Preis-Zelle mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zeile...
Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
57. Jahrgang

122

Donnerstag, den 28. Mai

1925

Barmats Geschäfte mit Sachsen

Minister a. D. Schwarz vor dem Untersuchungsausschuss

Der Barmat-Untersuchungsausschuss des Landtages fuhr am Mittwoch in seinen Verhandlungen fort. Der öffentliche Verhandlung ging eine geheime voraus.

In Beginn der öffentlichen Sitzung verliest der Vorsitzende zwei Briefe. In dem einen Briefe teilt der Finanzminister Dr. Reinhold mit, daß nach Mitteilungen des Staatsbankpräsidenten Degehardsi Versuche von Barmat, Kreditleistungen mit der Staatsbank zu machen, abgelehnt worden seien. Der zweite Brief vom 18. Dezember 1924 stellt eine Empfehlung Gradnauers an den Finanzminister Dr. Reinhold dar, den Vertreter Barmats, Hahn, zu empfangen wegen eines Kreditgeschäftes der Staatsbank mit den sächsischen Barmat-Unternehmungen. Dann wird der Staatsbankpräsident Degehardsi vernommen. Der ausfragt, er sei 1921 mit Barmat wegen eines — nicht anstandsbegebenen — rumanischen Geschäftes befannt geworden. Im März 1924 sei eine Million Mark gegen eine Effekten auf einen Monat an die Amerika gegeben worden. Das Geld sei binnen zwei oder drei Wochen wieder zurückgegeben worden. Im Juli/August 1924 sei Barmat wieder an die Staatsbank herangekommen, um Kredite für seine sächsischen Werke zu bekommen. Nach zahlreichen Erklärungen habe man aber abgelehnt. Präsident Degehardsi sagt weiter aus, daß Barmat ihn mit dem Finanzminister Dr. Dörsch befannt gemacht habe.

Barmat habe sich erboten, Postkelder für die Staatsbank zu beschaffen, wenn er einen Teil dieser Gelder seinerseits erhalte. Auch dieses Geschäft sei abgelehnt worden. Er habe dann dem Minister Dr. Reinhold gesagt, ihm erscheine es merkwürdig, daß es schwierig sei, auf direktem Wege Postkelder zu bekommen, daß es aber durch Vermittlung möglich sei. Auf eine Frage des Abg. Stewert (Komm.) bekräftigt der Zeuge, daß er das Gefühl hatte.

durch Barmats Hilfe könne man eher Geld als auf anderen Wegen erhalten.

Gradnauer und Schwarz hätten ihn wiederholt aufgefordert, sich mit Barmat befannt zu machen. Der Zeuge gibt zu, daß er rückblickend das Gefühl habe, das ganz einwandfreie Geschäft vom März 1924 sei von Barmat nur gemacht worden, um mit der Staatsbank in Verbindung zu kommen.

Darauf wird der linkssozialistische Landtagsabgeordnete und

frühere Wirtschaftsminister Schwarz vernommen. Der Zeuge macht zu Anfang Mitteilungen über frühere Lebensmittelgeschäfte, u. a. mit der Firma Frank, die vor seiner Ministerzeit abgeschlossen worden sind und gleichfalls große, in die Millionen gehende Verluste für den Staat gebracht haben. Schuld daran trügen Preisrückgänge und fortgesetzte Dollarfluktuationen. Dem Staat sei es dabei ebenso gegangen wie Privatfirmen. Diese Geschäfte seien auf Vorschlag des Referenten, Ministerialrat v. Hübel, abgeschlossen worden. Die Verluste in den Barmatgeschäften seien ebenso zu erklären wie die in den früheren. Wenn aber er, Schwarz, noch im Amt gewesen wäre, dann wären diese Verluste vermieden worden. Er habe von St. Platten aus, wo er wegen Krankheit weilt, in vielen Telegrammen vor zu zeitigen Verlusten gewarnt. Die Auditionen, die Dr. v. Hübel in einer früheren Sitzung über die Verlustgeschäfte gemacht hat, bezeichnet Schwarz als irria. Mit Barmat sei er etwa im August 1920, als die Geschäfte schon liefen, persönlich befannt geworden.

Die Geschäfte seien künstlich durch das Amt, nie persönlich von ihm abgeschlossen worden.

Er habe sogar alle Beamten aufgefordert, diese Geschäfte mit Barmat doppelt genau nachzuprüfen, weil es sich um einen Parteifreund handele.

Der internationale Achtstundentag

Die Verhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

Die in Genf tagende Internationale Arbeiterversammlung setzte am Mittwoch die Diskussion über den Tätigkeitsbericht von Albert Thomas fort. Der erste Redner Dr. Fischer, Direktor des eidgenössischen Arbeitsamtes und Chef der schweizerischen Delegation, betonte, daß die schweizerische Gesetzgebung die 48-Stundenwoche in der Industrie bereits verwirklicht habe. Im großen und ganzen stimmen die Bestimmungen mit den Grundlagen des Washingtoner Abkommens überein. Wenn die Schweiz trotzdem das Übereinkommen von Washington nicht ratifiziert hat, so ist das hauptsächlich aus zwei Gründen geschehen. Einmal mit Rücksicht auf die Kleinbetriebe und sodann mit Rücksicht auf die Eisenbahnen. Unsere nationale Gesetzgebung über den 8-Stundentag bezieht sich nicht auf die gewerblichen Kleinbetriebe und auf die Verhältnisse der kleinen Handwerker. Jeder Versuch, für diese Betriebe in Bezug auf die Arbeitszeit die gleichen Grundsätze aufzustellen wie für die Industrie, würde am Widerstand des Parlaments und des Volkes scheitern. In dem vom Volke in ungewöhnlicher Weise geäußerten Willen, am 8-Stundentag festzuhalten, liegt für die Arbeiterzeit und für Staaten und Kreise, denen die Haltung der Schweiz in der Arbeitszeitfrage nicht gleichgültig ist, eine Garantie dafür, daß es auch ohne internationale Änderungen so bleiben wird.

Nach dem schweizerischen Regierungsvorstand sprach der französische Arbeitsminister Durafour. In Frankreich ist das Prinzip des 8-Stundentages durch das Gesetz vom 24. Mai 1919 eingeführt worden. Die französische Regierung hat der Kammer eine Gesetzesvorlage unterbreitet, welche die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über den 8-Stundentag bewirkt. Der Redner wies auf die große Bedeutung einer evtl. Zusammenkunft der Arbeitsminister Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und Deutschlands hin, welche eine Fortsetzung der im Dezember 1924 in Bern stattgefundenen Konferenz bilden werde.

Dann wendet sich die Erörterung der bekannten Warnung des preussischen Landrates v. Posow in Dresden vor dem Barmat zu.

Auf die Frage des Abg. Vippe (D.S.P.) warum Schwarz der Amerika von den polkwischen Mittelstücken Kenntnis gegeben habe,

erklärt dieser, weil er nichts Näheres über die Grundlage der Posowischen Warnung habe erfahren können, habe er es für nötig gehalten, eine Aeußerung der Amerika selbst herbeizuführen.

Der Zeuge bekräftigt dann, daß Barmat im Herbst des vorigen Jahres ihn gebeten habe, sich zu verwenden, damit er von der Staatsbank Kredite für seine sächsischen Unternehmungen erhalte. Barmat habe gesagt, er habe unter dem Eindruck, daß ihm der Staatsbankpräsident nicht grün sei.

Er, Schwarz, habe Barmat den Wunsch erfüllt, bei der Staatsbank vorgelassen zu werden und dabei zum Ausdruck gebracht, daß er eine Kreditverweigerung aus dem Grunde, weil die Hauptfirma ihren Sitz außerhalb Sachsens habe, nicht verstehe.

Renae Schwarz erklärt ferner, er persönlich habe niemals Inwendungen von Barmat empfangen. Ein sogenanntes Lebensversicherungsgehalt sei nicht als Anwendung angesehen. 1920 habe er 250 000 Mark für das Pirnaer Ainderheim und 1922 75 000 Mark für das Lustbad in Seidenau erhalten. Sonst habe er höchstens Vermittler in einwandfreien Fällen gespielt. Weitere Ausfragen förderten nichts Neues zutage.

10 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Die Riß-Rabulen

Die Riß-Rabulen gehen schon seit mehreren Jahren die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Jetzt, wo sie sich unter ihrem Führer Abd el Krim nach dem langwierigen Kampfe mit den Spaniern auch gegen die Franzosen wandten und diesen bereits mehr als eine Schlage beibrachten, dürfte die nachstehende Schilderung marokkanischer Verhältnisse von Interesse sein.

Trübe für Frankreich klingen die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Marokko. Immer wieder haben die Kämpfe gegen die Riß-Rabulen zu schweren Rückschlägen geführt.

Es mag verwunderlich erscheinen, daß Truppen eines europäischen Staates, ausgerüstet mit allen modernen Kampfmitteln, nicht in der Lage sind, entscheidende Vorkämpfe gegen einen „eingeborenen“ Gegner zu erringen.

Die sogenannten Riß-Rabulen sind die Bewohner des „Riß“. (Vom lateinischen „ripa“ — Rüste.) Es ist dies ein hoher Gebirgsstock, der sich die Mittelmeerküste entlang von südlich Tetuan an bis fast zur algerischen Grenze nach Osten zieht. Das Riß-Gebirge bietet, vom Meer aus gesehen, in seiner wilden Schroffheit einen öden und düsteren Anblick, birgt aber in seinen Tälern, die sich quer hindurchziehen und breit nach dem Strande hin öffnen, eine ungeahnte Fruchtbarkeit. Reich ist die Jagd. Man kann sich denken, daß manches Europäerpaar gerade hier ein angenehmes Lande wählt.

Die Bewohner gehören zu Verberrasse. Marokko wird, abgesehen von Europäern und Juden, von drei Völkern bewohnt: den Arabern, den Berbern — den eigentlichen Ureinwohnern — und den Maurern, einem Mischlingsvolke von Arabern und Berbern, s. T. mit einer Rolle Ergerblut.

Wahrscheinlich liegt die Rasse der Berber seit 4000 Jahren schon an derselben Stelle. Sprachlich und körperlich gehören sie zur mediterranen — hamitischen — Völkergemeinschaft (nicht zu verwechseln mit den semitischen Arabern). Sie wohnen in ganz Nord-Afrika. Als die im 8. Jahrhundert fanatischen Anhänger des Propheten im „heiligen Kriege“ allen Unzulässigen Mohammeds Religion mit dem Schwerte aufzuzwingen wollten, entstanden zwischen ihnen und den Berbern lange, entsetzlich blutige Kämpfe. Die Berber unterlagen größtenteils und wurden vom siegreichen Araber entweder „aufgelogen“ oder allmählich gänzlich demoralisiert. Aus dem stolzen Berber ist — in der Ebene wenigstens — ein nach Balken wankender Bettler geworden. Nur im östlichen Marokko und im algerischen Atlas-Gebirge, der sogenannten „Rabulen“, ist er ziemlich in seinem ursprünglichen Stammescharakter erhalten. Durchaus unberührt aber in ihrer Eigenart, stolz und frei wie ihre Berge sind die Bewohner des Riß durch Jahrtausende hindurch geblieben. Nie betrat der Fuß eines Europäers den Boden, der ihnen heilig ist; nie hallten ihre Taler wider vom Lärm fremder Kriegerkarren; nie flatterten fremde Hohenzeichen auf ihren Bergespitzen. Selbst der Macht des unbefiegbaren alten Roms wurde Halt geboten am Fuße des Riß. Und nicht nur dieses! Wir sehen heute noch das Erstauflage: an der Schwelle Europas ist auf einem kleinen Ede ein kleines Volk, trotz und läßt, das sich barmherzig abschließt gegen die Außenwelt, das im tiefsten Mißtrauen gegen alles Fremde selbst dem harmlosen Forstler der

Nach Durafour sprach der italienische Regierungsvorstand De Michel. Er erinnerte daran, daß Italien bereits das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag ratifiziert habe, jedoch unter der Bedingung, daß es erst in Kraft trete, wenn die hauptsächlichsten Industrieländer Europas sowie die Staaten umgebender Länder es ebenfalls ratifizieren.

Hierauf sprach der deutsche Arbeitervorstand Vogel. Er erklärte, daß er zur Frage des Achtstundentages selbst nicht sprechen werde, da alles Nötige, was von deutscher Arbeitervorstand gesagt werden könne, bereits im vorigen Jahre von dieser Stelle aus gesagt worden sei. Die im Bericht enthaltenen Angaben seien in Bezug auf die Zunahme der Unzufriedenheit unrichtig. Die erwähnten Zustände seien ungenügend und seien zwei Tatsachen nicht in Betracht, nämlich, daß im Jahre 1924 in Deutschland die größte Inflation herrichte und daß die Verteilung des Nutzebetrags schädliche Rückwirkungen auch auf das gesamte deutsche Wirtschaftssystem hatte. Der Redner ist deshalb überzeugt, daß die verlangte Arbeitszeit keine wirkliche Erhöhung der Zahl der Unfälle mit sich bringe. Andererseits könne er an Hand von offiziellen Angaben nachweisen, daß eine Verminderung der Arbeitszeit auch eine Verminderung der Produktion mit sich bringe.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Nach Vogel sprach der polnische Arbeitsminister und Regierungsdirektor Sokal. Er betonte, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag das Kernproblem der Debatte bilde und die Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland, das eines der wichtigsten Industrieländer sei, eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung auch der übrigen Länder sei.

Vertical text on the left margin, including page numbers and other markings.